

lange Zeit als eine unvermeidliche Konsequenz eines jeden Wahlsystems hinnahm, abzuhelpfen.

Die aus der Majorität der Boten hervorgegangenen Mandatare konstituieren nun die gesetzgebende Körperschaft, und auch in dieser entscheidet abermals die Majorität, und wäre es auch nur eine solche von wenigen Stimmen. Und daran läßt sich wohl auch nie und nimmer etwas ändern, denn schließlich muß dort, wo die Entscheidung der öffentlichen Angelegenheiten nicht den Entschließungen eines einzigen Faktors anheimgestellt ist, eine letzte Instanz eingreifen, welche nach der Mehrheit ihrer Mitglieder entscheidet. Die der Abstimmung vorhergehende Diskussion hat zwar die Aufgabe, die für und wider einen Antrag denkbaren Argumente vorzuführen; allein die Natur der zur Erörterung gelangenden Materien bringt es mit sich, daß solche Argumente den widerstrebenden Teil der Versammlung keineswegs immer überzeugen. Es handelt sich da eben nicht um mathematische Wahrheiten oder Thatsachen der exakten Wissenschaft, sondern um Probleme oder Fragen aus dem praktischen Leben des Staates, wo strikte Beweisführung ausgeschlossen und den divergentesten Ansichten gleiche logische Berechtigung zuerkannt werden muß. Zuletzt ist unter solchen Umständen eine Abstimmung wohl eine thatsächliche Lösung und Beendigung der Streitfrage, aber auch nicht mehr.

Die Gedanken, welche sich an das eben Gesagte knüpfen ließen, möge sich der Leser durch einen Rückblick auf das vorher Gesagte selbst ableiten. Hierbei wird vielleicht seine Aufmerksamkeit auf eine recht auffällige Erscheinung der jüngsten Zeit gelenkt werden, an der man in der That nicht achtlos vorübergehen kann. Allerorten vernimmt man Klagen über den Niedergang des Parlamentarismus, über die geringe Achtung, welche die Völker den mühevollen Arbeiten der Vertretungskörper und den Früchten dieser Arbeiten entgegen bringen. Der Glaube an die Ursprünglichkeit dieser staatlichen Einrichtung scheint zu sinken, und die Hoffnung, durch sie den hundertfältigen Bedrängnissen des Lebens ein Ende gemacht zu sehen, zieht sich verzagend zurück. Man rügt es, daß partikuläre Interessen allerwärts den Schauplatz beherrschen, daß über dem tönenden Widerstreit der Parteien das Wohl des Staatsganzen außer acht gelassen werde u. dergl. Die Wirkung, welche aus einer solchen Entfremdung zwischen dem Volke und seinen Repräsentativkörperschaften hervorgeht, ist darum eine höchst beklagenswerte, weil es auf diesem Wege fortschreitend allmählich dazu gelangt, die Gesetze, die aus den Beratungen dieser Körperschaften ihren Ursprung nehmen, nicht mehr als den Ausdruck und Ausfluß seiner eigenen Willensrichtung, sondern als ein ihnen durch fremden Einfluß Auferlegtes anzusehen und zu empfinden. Und hiermit würde wieder jener Zustand Eingang finden, welchen ich vorher als den der politischen Unfreiheit bezeichnen konnte; die Mühe vieler Menschenalter wäre fruchtlos verschwendet, und die Arbeit müßte neuerdings begonnen werden!

Dazu aber soll es doch wohl nicht kommen, und ich glaube, daß es auch niemand giebt, der dies ernstlich für wünschenswert hält. Denn der Gang der menschlichen Entwicklung läßt sich nicht beliebig zurückschrauben.